

Teuer: Brandschutz im Hochhaus

Überzogene Brandschutzmaßnahmen für Hochhäuser machen noch immer Probleme. Viele stöhnen unter Kosten bis zu 11.000 Euro.

Die Grazer Feuerpolizei schreibt nach wie vor strikte Brandschutzmaßnahmen für die Hochhäuser vor; man stützt sich dabei auf § 103 des Steiermärkischen Baugesetzes. Viele Wohnungseigentümer sehen sich nun mit gewaltigen finanziellen Belastungen konfrontiert. Die Kosten können pro Wohnung bis zu 11.000 Euro betragen (mit Darlehensrückzahlungen bis zu 109 Euro monatlich auf zehn Jahre).

Die Bewohner meinen, dass vor allem in Graz überzogene Brandschutzmaßnahmen vorgeschrieben werden. „In keinem anderen Bundesland sind sie so scharf formuliert“, meint man bei der Grazer Initiative für Hochhaus-Bewohner (GIHB). Hoffnung setzen nun viele Hochhausbewohner in jenen Unterausschuss des Landtags, der klären soll, wie diese Maßnahmen billiger gemacht werden können.

Denn Sicherheit kann nur in einem finanziell zumutbaren Rahmen geschehen. Brandschutzmaßnahmen dürfen nicht so teuer sein, dass Menschen, die sich ohnehin kein eigenes Haus leisten können, derartig belastet werden. Ist es auf Grund der Sicherheit unmöglich, einzelne Auflagenpunkte zu streichen, dann müssen die Hausbewohner vom Land eine finanzielle Unterstützung erhalten, so der Rettungsanker vieler in der Hochhausinitiative vertretenen Bewohner.

150.000 VON ARMUT GEFÄHRDET

Arme, reiche Steiermark

46 der 60 ärmsten Gemeinden Österreichs kommen aus der Steiermark, gleichzeitig finden sich bei uns 30 der 285 österreichischen Euro-Millionäre. Der Reichtumsbericht des KPÖ-Bildungsvereins zeigt eine bedenkliche Entwicklung auf.

Die Österreicher sind bei weitem nicht so reich wie uns die Politiker mit ihren Spitzeneinkommen weismachen wollen. Eine Million (von acht) ist hierzulande armutsgefährdet – viele davon leben in der Steiermark. Und während sich Multimillionäre wie Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, Ölbaron Rudi Roth oder Kartonmacher „Baron“ Franz Mayr-Melnhof Saurau samt Kindern, Enkeln und allen weiteren Nachfolgern um ihre Zukunft Sorgen keine Sorgen machen müssen, drehen 150.000 Steirer täglich jeden Cent um. Ihr

mittleres Einkommen macht pro Monat weniger als 848 Euro aus.

Die Kluft ist tief zwischen Arm und Reich, in Österreich wie in der Steiermark. Zehn Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Geldes, der Wohnungen und Häuser, der Aktien – sprich des gesamten Vermögens. Die restlichen zehn Vermögensprozente bleiben für die „restlichen“ 90 Prozent der Österreicher übrig.

Die Reichen haben ihr Geld immer lieber in steuerlich extrem begünstigten Stiftungen geparkt. 2.900 davon gibt es in Österreich,

rund 200 Stiftungen findet man in der grünen Mark. Einen sprunghaften Anstieg bei den Stiftungen gab es im Jahr 2000 nach dem schwarzen Machtwechsel. Damals wurden die Weichen dafür gestellt, dass der Zinsertrag für Stiftungen mit 12,5 % besteuert wird – im Gegensatz zu 25 % bei den Spareinlagen der „normalen“ Österreicher.

Ausgleichende Gerechtigkeit

Ein Ausgleich für mehr Gerechtigkeit ist gefragt. „Durch entsprechende Steuern könnte man einen Ausgleich schaffen“, meint KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger und denkt an eine „Millionärsteuer“ von fünf Prozent für die Österreichischen Euro-Millionäre. Außerdem setzt die KPÖ auf eine „Spekulationssteuer“: Sie soll bei



Offene Türen bei der KPÖ im Landhaus. Am 10. Oktober findet jedes Jahr der „Europäische Elternmitwirkungstag in Schulen“ statt, an dem Schulkinder und ihre Eltern gemeinsam etwas unternehmen. Die 4.b. Klasse der Nibelungenschule besuchte das Landhaus. Durch Landstube und Rittersaal ging es zum KPÖ-Klub im 3. Stock, wo Klubobmann Ernest Kaltenegger und die Abgeordneten Renate Pacher, Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler (links) Kinder und Erwachsene begrüßten. Dabei wurden Durst und Hunger gestillt und viele Fragen beantwortet. Eine schöne Abwechslung für alle!